



Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung

5. Sitzung (öffentlich)

1. Dezember 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:31 Uhr bis 16:20 Uhr

Vorsitz: Ellen Stock (SPD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Schwarz-Grün ist der Bremsklotz für bezahlbares Wohnen: Die Landesregierung muss endlich selbst handeln und für die Mieterinnen und Mieter Sicherheit schaffen**

5

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/630

schriftliche Sachverständigenanhörung:

Stellungnahme 18/21
Stellungnahme 18/25
Stellungnahme 18/26
Stellungnahme 18/27
Stellungnahme 18/30
Stellungnahme 18/33
Stellungnahme 18/34
Stellungnahme 18/36
Stellungnahme 18/38
Stellungnahme 18/40

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD ab.

2 Für eine bestmögliche Mobilfunkabdeckung: Mobilfunkausbau voranbringen und Einführung eines National Roaming prüfen **8**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/1684

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD zu.

3 Verwaltungsdigitalisierung voranbringen – Onlinezugangsgesetz zeitnah umsetzen **10**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1669

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Antrag der Fraktion der FDP überein, eine Sachverständigenanhörung durchzuführen.

4 Die Landesregierung muss den Schutz der Kritischen Infrastruktur sicherstellen **12**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1375

– Wortbeiträge

5 Internationale Gartenausstellung (IGA) 2027 (Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 1]) **13**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/473

– Wortbeiträge

6 Insolvenz der FAKT AG und deren Auswirkungen (*Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* **14**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

7 Zeitplan für den 5G-Netzausbau (*Bericht beantragt durch die Fraktion der FDP [s. Anlage 3])* **16**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/534

– keine Wortbeiträge

* * *

3 Verwaltungsdigitalisierung voranbringen – Onlinezugangsgesetz zeitnah umsetzen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1669

*(Überweisung am 24. November 2022 an den Ausschuss für
Bauen, Wohnen und Digitalisierung zur alleinigen Befassung)*

Seit 2017 beschäftige man sich immer wieder intensiv mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, so **Angela Freimuth (FDP)**. Da die Zielvorgaben deutlich verfehlt worden seien, werde dies auch in Zukunft nötig sein. Es werde aber weiterhin daran gearbeitet. So habe Ministerin Scharrenbach beispielsweise die Umsetzung eines Onlinedienstes für Kfz-Zulassungen bis zum nächsten Frühjahr in Aussicht gestellt.

Um die Chancen, die das Onlinezugangsgesetz biete, näher herauszuarbeiten, beantrage sie eine Präsenzanhörung von Sachverständigen, die nach ihrem Dafürhalten aber nicht vor dem Frühjahr stattfinden sollte, da dann nach einer Zeit der Einarbeitung der neuen Landesregierung und einer Bestandsaufnahme erste Schlussfolgerungen gezogen werden könnten.

Bei dem bereits erwähnten Dienst für Kfz-Zulassungen bestehe offensichtlich eine Diskrepanz zwischen den Angaben im Dashboard des Bundesinnenministeriums und der Realität in Nordrhein-Westfalen. Sie bitte um Erläuterung, bis zu welchem Zeitpunkt mit aktuellen Daten aus NRW im Dashboard gerechnet werden könne. Diese Information wäre auch zur Vorbereitung auf die Anhörung sowie für die Sachverständigen hilfreich.

Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBD) antwortet, die Kommunen zeichneten selbst für Eintragungen zu ihren Tätigkeiten verantwortlich. Das Ministerium befinde sich im Austausch mit den Städten und Gemeinden, damit diese Eintragungen möglichst aktuell gehalten würden, manchmal werde es aber eben nach Fertigstellung der Leistung versäumt. Dann tauche es auch nicht im Dashboard des Bundes auf.

Angela Freimuth (FDP) fragt, ob sie es richtig in Erinnerung habe, dass es dazu eine Abfrage durch die Landesregierung gegeben habe. Sie bitte des Weiteren darum, einen Hinweis an die Kommunen bzw. die kommunalen Spitzenverbände zu geben, verstärkt auf die Eintragung zu achten. Eine gemeinsame Datenlage würde die Einschätzung, wo weitere Unterstützung geleistet werden müsse, erleichtern. Sie könne nun einmal nur das Dashboard nutzen.

Das damalige Verkehrsministerium habe 2020 oder 2021 – sie wisse es nicht mehr genau – eine Sonderabfrage bei den Kreisen und kreisfreien Städten zur Nutzung von i-Kfz gemacht, so **Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBD)**. Mit den Kfz-Anmeldungen, -Zulassungen usw. sei nur eine vergleichsweise kleine Anzahl an Kommunen befasst.

Es finde permanent ein Austausch mit den Kommunen statt, angesichts 11.000 Verwaltungsleistungen in 427 Gebietskörperschaften bitte sie aber um Verständnis, dass sie keine Gesamtabfrage machen wolle, die die Verwaltungen unnötig lahmlegen würde. Sie sage aber zu, intensiver darauf hinzuweisen, dass die Eintragungen aktuell gehalten werden sollten, da in der Tat nicht über Leistungen diskutiert werden könne, wenn sie nicht eingetragen würden.

Sie weise darauf hin, dass Nordrhein-Westfalen nichtdestotrotz bei den Eintragungen im Dashboard bundesweit führend sei.

Auf den Einwurf von **Angela Freimuth (FDP)**, dass Nordrhein-Westfalen diese in den vergangenen fünf Jahren hart erarbeitete Führungsposition auch behalten solle, erwidert **Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBD)**, der Zukunftsvertrag von CDU und Grünen adressiere das Thema „Digitalisierung“ sehr deutlich, sodass sie davon ausgehe, dass die Führungsposition sogar ausgebaut werden könne.

Vorsitzende Ellen Stock schlägt für die Durchführung der Sachverständigenanhörung den 2. März 2023 vor. Auswertung und Votum könnten in der Sitzung am 27. April 2023 erfolgen. Für die Benennung von Sachverständigen bleibe Zeit bis zum 19. Januar 2023.

Angela Freimuth (FDP) regt an, sich unter den Obleuten möglichst konsensual auf eine Tableau einzuladender Sachverständiger zu einigen.

Der Ausschuss kommt auf Antrag der Fraktion der FDP überein, eine Sachverständigenanhörung durchzuführen.